



REPUBLIK ÖSTERREICH
DIE BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0132-Pr 1/2013

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

XXIV. GP.-NR
14557/AB

22. Juli 2013

Frau
Präsidentin des Nationalrates

zu 14858 /J

Zur Zahl 14858/J-NR/2013

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gerald Grosz, Kollegin und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Gesamtkosten der Regierungsinserate“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 6:

Internetauftritt:

Das Bundesministerium für Justiz kommt seinem Auftrag zur Information der Öffentlichkeit durch Herausgabe von Broschüren, Abhalten von Veranstaltungen und Veröffentlichung von Sachinformationen auf der Homepage Justiz (unter www.justiz.gv.at) nach. Informations- und Werbekampagnen führt das Bundesministerium für Justiz nicht durch; (mediale) Werbeeinschaltungen und Informationsaktivitäten in Printmedien sowie audiovisuellen Medien werden nicht getätigt.

Für die Homepage Justiz betrugen die Kosten für das Bundesministerium für Justiz

- im Abrechnungszeitraum 2011 19.656 Euro (inkl. USt),
- im Abrechnungszeitraum 2012 25.152 Euro (inkl. USt) und
- im Abrechnungszeitraum 2013 (bis dato) 13.335,60 Euro (inkl. USt).

Für die Erweiterung der Homepage Justiz um Auftritte für die einzelnen Dienststellen und den Strafvollzug und die dazu adaptierte Startseite sind im Jahr 2013 Kosten von 29.375 Euro (exkl. USt) entstanden.

Messen:

Dem Bundesministerium für Justiz sind für die Beteiligung an folgenden Messen die nachfolgend angeführten Kosten entstanden:

- SUCCESS11 (Informationsmesse an der Universität Wien (Juridicum); 23. März 2011), 2.388 Euro (inkl. USt).

- EXCELLENCE11 (Informationsmesse an der Universität Graz, 23. November 2011), 2.280 Euro (inkl. USt).
- SUCCESS12 (Informationsmesse an der Universität Wien (Juridicum); 21. März 2012), 2.388 Euro (inkl. USt).
- EXCELLENCE12 (Informationsmesse an der Universität Graz, 21. November 2012), 2.280 Euro (inkl. USt).
- „Treffpunkt – Erfolg“ (Berufsmesse an der Universität Salzburg, 16. Mai 2012), 2.280 Euro (inkl. USt).
- SUCCESS13 (Informationsmesse an der Universität Wien (Juridicum); 20. März 2013), 2.388 Euro (inkl. USt).

Umfragen und Beauftragung von Agenturen

Dazu darf ich auf meine Anfragebeantwortung vom 8. September 2011 zur Zahl 9075/J-NR/2011 verweisen. Demnach hat das Bundesministerium für Justiz für die Finanzierung einer von der Zeitschrift „Format“ in Zusammenarbeit mit Transparency International durchgeführten Umfrage zum Thema „Korruption in Österreich“ 18.000 Euro (inkl. USt) bezahlt. Ferner beauftragte das Bundesministerium für Justiz die Werbeagentur courage pr GmbH damit, ein ganzheitliches Konzept für die mediengerechte Kommunikation justizrelevanter Inhalte und Ziele zu entwickeln, entsprechende Umsetzungsmaßnahmen und Maßnahmenalternativen zu formulieren und die Kommunikation der Zentralstelle operativ zu unterstützen. Für diese Unterstützungsleistungen hat die Agentur insgesamt einen Betrag von 32.582,81 Euro erhalten.

Ferner hat im Oktober 2011 das Bundesministerium für Justiz eine qualitative und quantitative Grundlagenstudie zum Thema „Die neue Justiz: Stärkung des Vertrauens in die österreichische Justiz“ von der Karmasin Motivforschungs GmbH erarbeiten lassen. Die Kosten beliefen sich auf Euro 57.600 (inkl. USt.).

Im März 2013 hat das Bundesministerium für Justiz eine qualitative und quantitative Folgestudie „Vertrauen in die österreichische Justiz 2013“ von der Karmasin Motivforschungs GmbH erarbeiten lassen. Die Kosten dafür beliefen sich auf Euro 33.000 (inkl. USt).

Das Bundesministerium für Justiz beauftragte die Firma Heidi GLÜCK spirit & support/ media + public affairs consulting GmbH mit Beratungs- und Supportleistungen in Zusammenhang mit Öffentlichkeitsarbeit

- im Jahr 2011 im Ausmaß von 240 Stunden; Kosten: 72.000 Euro (inkl. USt);
- im Dezember 2012 mit einem Maximalkontingent von 272 Beraterstunden; noch nicht ausgeschöpfte Maximalkosten: 81.600 Euro (inkl. USt).

Pressemitteilungen (OTS):

Die Kosten für die Versendung von Pressemitteilungen über das Originaltextservice (OTS) der APA beliefen sich für die Jahre 2011 auf 1.842,25 Euro, 2012 auf 2.997,87 Euro und 2013 (bis 30. Juni 2013) 2.461,07 Euro (jeweils inkl. USt).

Zu 7 und 8:

Im Jahr 2011 wurde dem jüdischen Kulturverein DAVID ein Druckkostenbeitrag in der Höhe von 1.310 Euro (inkl. USt), im Jahr 2012 ein Beitrag von 1.080 Euro (inkl. USt) gewährt. Im Jahr 2013 wurde noch kein Druckkostenbeitrag bezahlt.

Zu 9:

Ich verweise dazu auf die Geschäftseinteilung des Bundesministeriums für Justiz (abrufbar auf der Homepage Justiz), der alle Mitarbeiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und alle Mediensprecher entnommen werden können.

Zu 10 bis 12:

Nach dem Kenntnisstand meiner Fachabteilung hat das Justizressort im abgefragten Zeitraum weder Beiträge an andere Ressorts bzw. Institutionen für Öffentlichkeits- bzw. Informationsarbeit bezahlt, oder gemeinsam mit anderen Ressorts gemacht, noch Kostenbeiträge erhalten.

Zu 13:

Ja.

Wien, 22. Juli 2013

Dr. Beatrix Karl

